



Kontaktperson:
Sebastian Koller, Politischer Sekretär
Marktgasse 73, 9500 Wil
079 316 26 50
sekretariat@gruene-sg.ch

Per E-Mail an:
Kanton St.Gallen
Finanzdepartement, Personalamt
personalamt@sg.ch

17. Mai 2024

Vernehmlassungsantwort: III. Nachtrag zum Personalgesetz

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. März 2024 haben Sie uns im obengenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Gerne unterbreiten wir Ihnen hiermit unsere Vernehmlassungsantwort zu Bericht und Entwurf des Finanzdepartementes vom 19. März 2024.

Allgemeine Würdigung

Wir sprechen uns grundsätzlich für den vorliegenden Gesetzesnachtrag aus. Dieser ist Bestandteil umfassender Bestrebungen zur Weiterentwicklung der Personalpolitik des Kantons, welche aus unserer Sicht begrüssenswert sind. Gerade angesichts des Fachkräftemangels ist es essenziell, dass der Kanton sich als vorbildlicher Arbeitgeber positioniert und eine fortschrittliche Personalpolitik verfolgt.

Der Grundsatz der Ressourceneffizienz resp. der Nachhaltigkeit ist für das Personalwesen von besonderer Bedeutung: Es geht dabei nicht nur um den wirkungsvollen Einsatz finanzieller Mittel, sondern ebenso um den sorgsamen Umgang mit den sozialen Ressourcen der Mitarbeitenden (Knowhow, Gesundheit, Motivation usw.). Zudem können personalpolitische und personalrechtliche Rahmenbedingungen auch Auswirkungen auf ökologische Ressourcen zeitigen (z.B. Mobilitäts- und Konsumverhalten der Mitarbeitenden). Diesen Nachhaltigkeitsaspekten ist bei der Weiterentwicklung der kantonalen Personalpolitik die gebührende Beachtung zu schenken.

Soweit nachfolgend nicht ausdrücklich darauf eingegangen wird, sind die vorgeschlagenen Gesetzes- und Verordnungsänderungen für uns nachvollziehbar und wir können diesen aus heutiger Sicht zustimmen.



Besondere Hinweise

Abschnitt 4.2.2 f. des Berichts: Rolle und Zusammensetzung der RFK

Aufgrund der neuen Rolle der Referenzfunktionskommission als Organ mit Entscheidungskompetenz erscheint es plausibel, auf eine Vertretung der Personalverbände, der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Gerichte (mit Stimmrecht) zu verzichten. Allerdings wäre es vielleicht denkbar, dass diese Akteure – je nach Diskussionsgegenstand – mit beratender Stimme in der RFK Einsitz nehmen. Wir bitten darum, diese Möglichkeit zu prüfen, falls seitens der Personalverbände, der selbständigen Anstalten und/oder der Gerichte ein entsprechendes Interesse angemeldet werden sollte.

Art. 38a Abs. 2 PersG: Entscheid über Referenzfunktionen durch die Regierung

Das Personalamt soll für die RFK eine vorbereitende, beratende und empfehlende Rolle übernehmen. Vor diesem Hintergrund ist die in Art. 38a Abs. 2 vorgesehene Regelung irritierend und nicht sachgerecht: Sie würde dem Personalamt die Befugnis verschaffen, selbst darüber zu entscheiden, ob ein Fall von grundsätzlicher Bedeutung ist und folglich der Regierung vorgelegt werden soll. Die RFK hätte lediglich ein Anrecht auf Information. Mithin könnte das Personalamt einen Fall gegen den Willen der RFK deren Zuständigkeit entziehen. Aus unserer Sicht muss der Entscheid, ob ein Fall der Regierung vorgelegt wird, zwingend bei der RFK und nicht beim Personalamt liegen.

Abschnitt 6: Personelle und finanzielle Auswirkungen

Aufgrund der Zentralisierung der HR-Services ergeben sich Personalverschiebungen aus den Departementen zum Personalamt (Finanzdepartement). Die Vorteile der Zentralisierung und der dadurch ermöglichten Standardisierung von Prozessen liegen auf der Hand. Es scheint uns jedoch beachtenswert, dass die Aufgabenbereiche und Problemstellungen in den verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung aufgrund der hohen Spezialisierung teilweise stark divergieren. Diesen Unterschieden muss das Personalmanagement Rechnung tragen. Das entsprechende Knowhow der Departemente darf im Zuge der Zentralisierung nicht verloren gehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen und Anliegen.

Freundliche Grüsse

GRÜNE Kanton St.Gallen

Daniel Bosshard
Präsident

Sebastian Koller
Politischer Sekretär